

Hans G. Zeger¹,

2013 - Nichtwählen als demokratische Verpflichtung!²

Alternativlose Szenarien - Feststehendes Ergebnis - Weiterwursteln als politisches Konzept - eine Szenarioanalyse der Nationalratswahl 2013 - Nicht-Wählen erhöht die Chance zum politischen Wandel

ERGEBNIS DER NATIONALRATSWAHL 2013 STEHT FEST

Noch nie zuvor war bei einer Nationalratswahl das Ergebnis vorher schon so eindeutig wie bei der Wahl 2013. Das mag paradox erscheinen, rühren doch Medien, Politexperten, Meinungsforscher und ganz besonders die Wahlkampfzentralen die Kriegstrommeln, fantasieren von der Entscheidungsschlacht, Kopf-an-Kopf-Rennen, Überraschungskandidaten und fiktiven Kanzlerduellen.

SP wird wieder, wie in 14 von bisher 20 NR-Wahlgängen vor der VP liegen. Abgesehen vom Schlüssel-Wahlkampf 2002 war die SP seit 1970 immer stärkste Kraft. Die Altparteien (SP/VP) werden wieder eine Koalition bilden, die Strache-FP in der Rolle des stärksten Rabauken, die Grünen Prognosekaiser bleiben, Stronach schafft den Einzug knapper als alle Vorhersagen des Frühjahrs, BZÖ und NEOS scheitern an den 4%, die NEOS durchaus achtbar, Piraten und Kommunisten rittern um den letzten Platz und bleiben jeweils unter der Zahl der ungültig Wähler. Die größte Einzelgruppe werden erstmals - knapp aber doch - die Nicht-Wähler.

Keine der Wahlparteien ist zu tiefgreifenden Änderungen bereit, SP/VP haben in den letzten Jahren Reformunwilligkeit als bestes Konzept zum Machterhalt erkannt, jede Partei konzentriert sich auf ihre eingeschworene Kernwählerschicht, nur nicht noch einen weiteren Wähler an die Gruppe der Nicht-Wähler verlieren.

Eine verständliche Vorgangsweise, zwei Monate vor der Wahl wird kein politisch interessierter Bürger den Beteuerungen der Wahlwerber glauben, nach der Wahl werde man endlich durchstarten, endlich Reformen angehen, endlich alles besser machen. Glaubwürdigkeit war nie die Kardinaltugend der Politik, doch nach mehr als zehn Jahren Reformstillstand ist der letzte Kredit verbraucht.

Auch die Grünen konnten sich 1986 nur deswegen dauerhaft im Parlament etablieren, weil sie über mehr als ein Jahrzehnt vorher außerhalb des Parlaments eine neue langfristige politische Agenda (Energie/Umwelt) entwickelten und eine breite Bewegung schafften. "Team XY" oder "Bündnis ABC" als Huldigungsvereine sind keine politischen Konzepte. Nur weil man "Team" oder "Bündnis" im Namen hat, wird man noch zu keiner Bewegung, genausowenig, wie die Nazis demokratisch werden, nur weil sie "demokratisch" im Namen haben.

¹ Autor zahlreicher Publikationen zu Fragen der Informationsgesellschaft, langjährige Mitglied der Expertengruppe zur Arena Analyse von Kovar & Köppl und "Die Zeit" zu gesellschaftspolitischen Mega-Trends, kritischer Bürger, der die offizielle politische Agenda und Zahlen hinterfragt, Lektor am Juridicum Wien, Mitglied des Datenschutzrates im Bundeskanzleramt und Geschäftsführer der "e-commerce monitoring GmbH", Obmann der "ARGE DATEN - Privacy Austria", Studium Mathematik, Philosophie, Pädagogik, Sozialwissenschaften (<http://www.zeger.at>)

² Der Beitrag gibt die persönliche Position des Autors wieder.

Damit erlaubt nur mehr Nicht-Wählen ein politisches Statement und gibt ein zukunftsweisendes Signal zu einer ernsthaften politischen Reform, abseits von Pfründewirtschaft, Korruptions-Hick-Hack, Parteiensubventionen und Wutbürgertum.

NÜCHTERNE ANALYSE DER MEGA-TRENDS GEFRAGT

Abseits künstlicher Hysterie, fragwürdiger Umfragen und pseudopolitischem Aktionismus schafft ein nüchterner Blick auf die Zahlen, sprich die Wähler Klarheit.

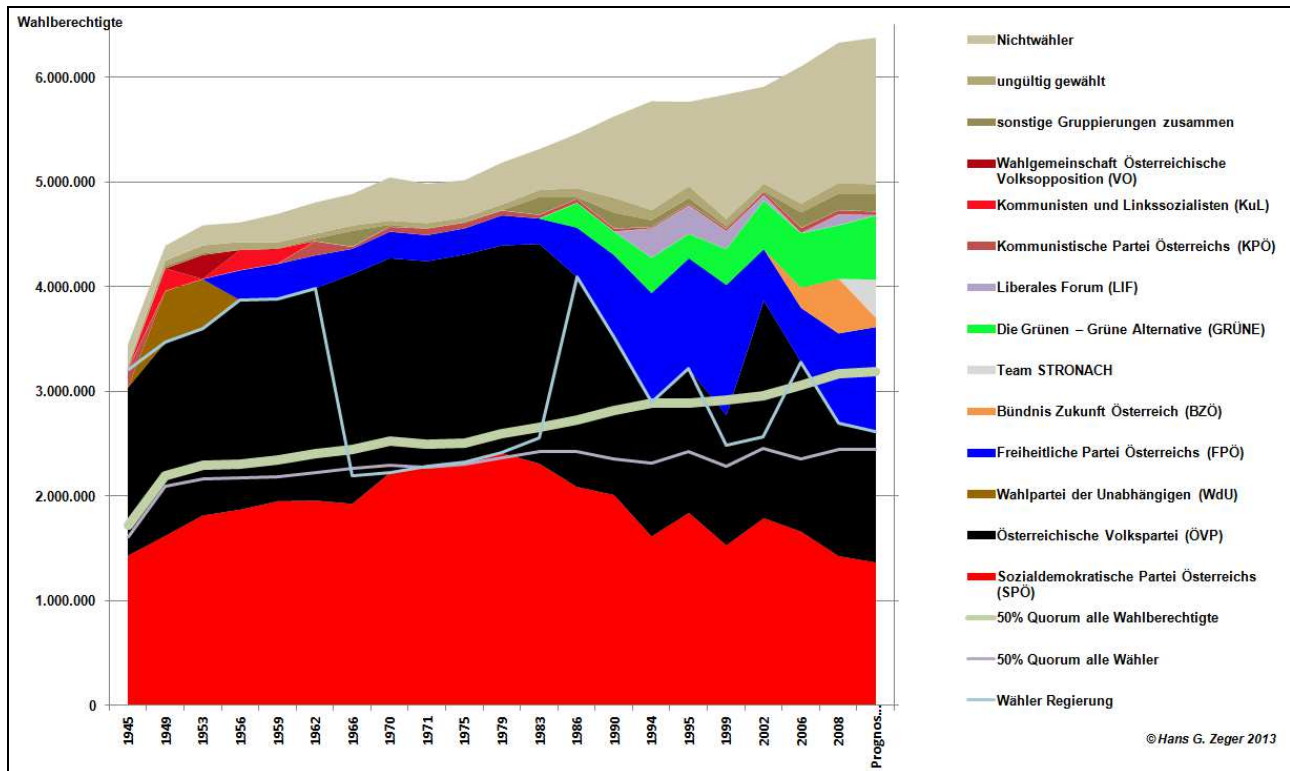


Abbildung 1: Entwicklung der Wahlen 1945 - 2008 + Standardszenario 2013³

Im Gegensatz zum Wirtschaftswachstum, das zumindest theoretisch immer neue Zuwächse haben kann, ist die Wählerzahl begrenzt. Mehr als 100% der abgegebenen Stimmen können nicht verteilt werden, der Gewinn der einen Gruppe ist zwangsläufig der Verlust der anderen. Eine an sich banale Tatsache, die offenbar weder bei Medien, noch Parteizentralen angekommen ist.

+5% bei den Grünen, +15% Team Stronach, +4% NEOS, +2% Piraten, bei gleichzeitig praktisch gleichen Prozentzahlen für SP, VP und FP werden ernsthaft in die Wahlschlacht geworfen. Woher sollen diese 26% kommen, selbst wenn sich das BZÖ vollständig auflöst wären es nicht einmal 11% und ein paar Treuestimmen werden es selbst dort werden. Nichtwähler und Ungültigwähler lösen dieses Dilemma nicht, sie ändern nichts an der Verteilung.

MILESTONE 1983

Wesentlich zielführender ist es, statt Prozentwerten die Zahl der tatsächlichen Wähler zu betrachten. Bis 1983 gab es bei VP und SP - mit leichten Schwankungen - praktisch einen Gleichlauf zwischen der Entwicklung der Wählerzahlen und dem Zuwachs der Wahlberechtigten. Die Wahlbeteiligung sank von 1945 bis 1983 zwar stetig, blieb jedoch auf hohem Niveau (Wahlbeteiligung zwischen 91,78% und 96,78%).

³ Gesondert ausgewiesen werden alle Parteien, die zumindest bei einer Kandidatur im Nationalrat vertreten waren, alle anderen Gruppierungen werden unter "sonstige Gruppierungen" zusammengefasst

Ende der 70-er/Anfang der 80-er Jahre betreten zwei neue politische Spieler die Bühne, die Grünen (Atomstrom, Hainburg) und die Haider-FP (III. Republik). Bedeutsam ist auch der dramatische gesellschaftspolitische Wandel. Es sei daran erinnert, dass die Familienrechtsreform erst wenige Jahre zurückliegt. Allzugern wird verdrängt, dass bis Ende der 70er-Jahre der Ehemann als "Haupt der Familie" noch beim Arbeitgeber der Ehefrau die Kündigung aussprechen konnte (Motto "Meine Frau hat zu Hause zu viel zu tun und kommt nicht mehr"), vom damaligen österreichischen Brauchtum, dem gesetzlichen Schutz der Vergewaltigung in der Ehe und der g'sunden Watschen ganz zu schweigen.

Betrachtet man manche aktuelle Wortmeldungen zu Familie und Grundrechten, scheint diese Änderung bei gewissen Proponenten noch immer nicht angekommen zu sein.

Bestimmend ist auch der Übergang Österreichs in die Moderne, die verstärkte Internationalisierung der Wirtschaft. Klassische Stammgruppen, wie Bauern, Greisler/Kleingewerbebetriebe, Mitarbeiter der Staatsbetriebe lösen sich dramatisch auf. Damit können neue Themen die politische Agenda erreichen, zuerst Umwelt und Energie, etwas später Rassismus und Überfremdung.

NIEDERGANG DER STAMMWÄHLER 1983 - 2008

Der demographische Wandel trifft vorrangig die beiden Altparteien, stärker zuerst die VP, der Wandel hält aber auch bei der SP bis heute an. Analysiert man die Wähler über einen längeren Zeitraum, leiden beide Parteien weniger an einem aktiven Wechsel ihrer Wähler zu anderen Parteien, als schlicht am Wegbrechen inklusive Wegsterben ihrer Stammwähler und -gruppen und dem gleichzeitigen kontinuierlichem Wachsen der Zahl der Wahlberechtigten.

Ausreißer in diesem stetigen Niedergang waren nur 1995 und 2002. In beiden Fällen wurden von der VP vorzeitige Wahlen vom Zaun gebrochen und auch mit einem Stimmenanteil entgegen dem langjährigen Trend belohnt.

Lässt man das Sonderjahr 1945 weg, in dem viele Nazis nicht wählen durften, stieg die Zahl der Wahlberechtigten von rund 4,4 Mio 1949 auf 6,4 Mio heute, also 2 Millionen zusätzliche Wähler oder fast +50%. Allein der Zuwachs seit 1983 beträgt eine Million, Wähler, die die Altparteien praktisch nicht lukrieren konnten.

Beide Altparteien sind Gefangene ihres früheren Erfolges. Relativ große homogene Stammgruppen wollen bedient werden. Die neuen Wähler sind zwar zahlenmäßig sehr groß, jedoch relativ heterogen. Bei jeder ernsthaften Ansprache einer neuen Gruppe riskieren die Altparteien mehr Stammwähler zu vergraulen als Neuwähler zu gewinnen.

Im übrigen kann dieses zusätzliche Wählerpotential auch keine der Neu- oder Kleinparteien lukrieren. Seit 1983 bleibt die Zahl der Wähler praktisch konstant, 4,92 Mio (1983) bis 4,99 Mio (2008), selbst die Wahlgänge mit hohem Mobilisierungseffekt (1995, 2002) blieben in diesem Rahmen (4,96 bzw. 4,98 Millionen Wähler). Einzelne Schlafwagen-Wahlgänge blieben sogar leicht unter diesem Trend 1994 (4,73 Mio) und 1999 (4,70 Mio).

STILLSTAND AUF HOHEM NIVEAU

Gleichbleibende Wählerzahl plus starker Zuwachs der Wahlberechtigten führen zum bekannten starken und wohl in Zukunft - ohne dramatische politische Wende - stärker werdenden Rückgang der Wahlbeteiligung.

Dieser Mega-Trend ist der Albtraum der Altparteien. "Das Sein bestimmt das Bewusstsein", wusste nicht nur Karl Marx. Keine neuen Wähler, wegbrechende Stammgruppen und schlicht das Wegsterben innerhalb der Stammgruppen führen zwangsläufig zum weiteren Schrumpfen der Altparteien. Es gibt keine Hinweise, dass sich 2013 dieser Mega-Trend umkehren wird.

Weder wurde die Wahl vorzeitig "vom Zaun" gebrochen (1995, 2002), noch wurden bestehende Koalitionen aufgekündigt (1986), nicht einmal ein klares Dissenzthema bestimmt die heurige Wahl.

Abseits von kleinlichen Wadelbeißereien, skurrilen Todesstrafe-Sagern, infantilen Begegnungszonen-Debatten und pseudowirtschaftlichen Multi-Euro-Konzepten finden sich keine nachvollziehbaren Reformdiskussionen. Keines dieser Pseudo-Themen mobilisiert auch nur einen einzigen Nicht-Wähler.

Aber der Frust über den Stillstand der Altpartei-Koalition? Auch der sollte nicht überschätzt werden. Österreich ist ein relativ ordentliches, wenngleich teuer und ineffizient verwaltetes Land. Mit Politik, egal ob Gesellschafts- oder Wirtschaftspolitik hat das nichts zu tun, jedoch mit einer allgegenwärtigen und engmaschigen Staatsbürokratie. Die gibt aber umgekehrt auch vielen Menschen Arbeitsplätze und diese Menschen wissen, wo sie sich zu bedanken haben. So dürfte "Stillstand auf hohem Niveau" von vielen Wahlberechtigten eher positiv als negativ empfunden werden.

Eine Motivationsumfrage zur heurigen NR-Wahl zeigte, dass Verwaltungsreform weit abgeschlagen kaum die Wahrnehmungsschwelle der Wahlberechtigten erreicht.

Als - wenige - Wutbürger kommen nur die Verlierer des Stillstands, Personen, die aus dem Pfründe-System der Altparteien ausgeschlossen sind, in Frage. Die, die immer schon ausgeschlossen waren, haben längst ihre politische Nische gefunden, und die paar neuen Verlierer reichen nicht für Stronach und Co.

KNACKPUNKT WÄHLERZAHL

Bei etwa 6,38 Mio Wahlberechtigten dürften im Standardszenario etwa 4,89 Mio Wähler für Parteien erreichbar sein. Das sind praktisch genau so viele Wähler wie zuletzt, bei ganz leichtem Absinken der Wahlbeteiligung auf 78%.

Nur dieser Wählerkern steht zur Disposition, damit reduziert sich die Wahlprognose auf die Frage, wer würde aus welcher Gruppe in eine andere wechseln. Betrachtet man die Entwicklung der Wahlen der II. Republik, dann wird man relativ klar voneinander abgegrenzte Blöcke finden. Da ist zuerst einmal der SP-Block, mit wenig Interaktion zu anderen Parteien, dann der VP/FP-Block, offenbar seit 2000 auf Gedeih und Verderb aneinander gekettet, zu diesem Block kommen BZÖ und Stronach dazu und dann gibt es noch einen unterentwickelten modernistischen Block.

Manchen erscheint die heutige Parteienlandschaft bunter als früher, der Blick in die Anfangszeit der Republik zeigt jedoch ebenfalls recht "bunte" Verhältnisse. Der wirklich große Unterschied ist die Zahl der Nichtwähler.

Links, konservativ, modernistisch, die bekannten drei Blöcke finden sich auch in Österreich in erstaunlich klarer Form.

WARUM NICHT WÄHLEN?

Wirklich bemerkenswert am bisherigen Wahlkampf ist die völlige Absenz von Reformthemen. Dabei herrscht an Reformbedarf kein Mangel:

- **Bildungsreform:** Statt die Zukunft Österreichs auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten, Persönlichkeitsbildung, Teamgeist, Kooperation, soziales Lernen und individuelle Talente zu fördern wird am Exerzierunterricht aus Maria Theresias-Zeiten festgehalten und verlangt, dass die Hausfrau und Mutter mit ihrer höheren Töchter-Erziehung alle Schuldefizite ausgleichen soll.
- **Gesundheitsreform:** Statt sicher zu stellen, dass jeder Österreicher in ganz Österreich dieselbe Gesundheitsversorgung erhält, unabhängig bei welcher Kassa und in welchem Bundesland er ist, werden weithin Milliarden im Schnittstellenmanagement zwischen Gesundheitsfürstentümern vernichtet.
- **Steuerreform:** Statt jedes Einkommen, egal ob aus Arbeit, Kapitalerträgen, Vermietung oder Lizenzentnahmen gemeinsam und gleich zu besteuern, leistet sich Österreich einen Steuerschrebergarten, der bloß die Einkommen der beratenden Berufe maximiert.
- **Bundesstaatsreform:** Das absolute NoGo jeder Wahlkampagne. Lieber jedem Bürgermeister von Pleitegemeinden sein persönliches Denkmal zugestehen, als eine bundesweite effiziente Verwaltung einrichten, die als One-Stop-Shop nicht ein Selbstbedienungsladen korrupter Politiker ist, sondern allen Bürgern mit bundesweit einheitlichen Regeln dient, Asylsuchenden und Neo-Österreichern inklusive.
- **Pensions- und Pflegereform:** Statt neue Erkenntnisse zum Zusammenleben der Generationen, zur Förderung des Generationenvertrags umzusetzen, werden alte ideologisch motiviert Versorgungszund Entmündigungsmuster weiter geschrieben und die Pension als entwürdigendes Instrument Arbeitsmarktpobleme zu verstecken missbraucht.

Die Liste ließe sich beliebig weiter führen. Randthemen, wie eine moderne Netzpolitik, Energiepolitik oder auch Wirtschaftspolitik, Fragen wo soll Österreich 2020, 2030 stehen und welche verbindlichen Schritte müssen dazu in den nächsten 2, 3 Jahre umgesetzt werden, gehen im Wahlgeplänkel völlig unter. Wären aber auch nicht wahlentscheidend.

Weder diese Randthemen, noch politische Sauberheitskampagnen werden bisherige Nicht-Wähler zur Wahl motivieren.

Bloße Staatsverwaltung steht jedoch nicht zur Wahl. Parteien die versprechen Österreich wie bisher zu verwalten (SP/VP) oder halt ein bisschen á la Hundertwasser-Spittelau zu säubern und zu behübschen (Grüne) haben sich vom politischen Diskurs endgültig verabschiedet, ihnen geht es nur mehr um Bedienung ihrer Stamm-Klienten.

Von FP, Stronach oder BZÖ kann nicht einmal eine ordentliche Verwaltung erwartet werden, Dystopien á la Apartheidstaat (FP), Multi-Euro-Zone (Stronach) oder ein Remake des Kärntner Albtraums (BZÖ) stehen auf deren Tagesordnung.

NEOS? Sorry etwas weniger Schwarz ist nicht pink, sondern grau. Kommunisten oder Piraten, die sollte man nicht mit Wählerstimmen stören, die sind zusehr mit sich selbst beschäftigt.

Einem Bürger, der Politik als Gestalten gesellschaftlicher Realitäten, als Veränderung und Weiterentwicklung versteht, muss damit - mangels Gestaltungsangebot - der Wahlurne fern bleiben.

Die Gefahr eines anti-demokratischen Putsches wegen Absenz des Wahlvolkes besteht nicht. Keine Reformvorstellungen der Parteien bedeutet auch, dass es auch keine antimodernen, autoritären, antidemokratischen oder gar faschistischen Strategien gibt. Selbst extreme Abweichungen vom Standardszenario (siehe unten) würden am Kernergebnis, eine SP/VP-Koalition, nichts ändern.

DIE WAHL-SZENARIEN

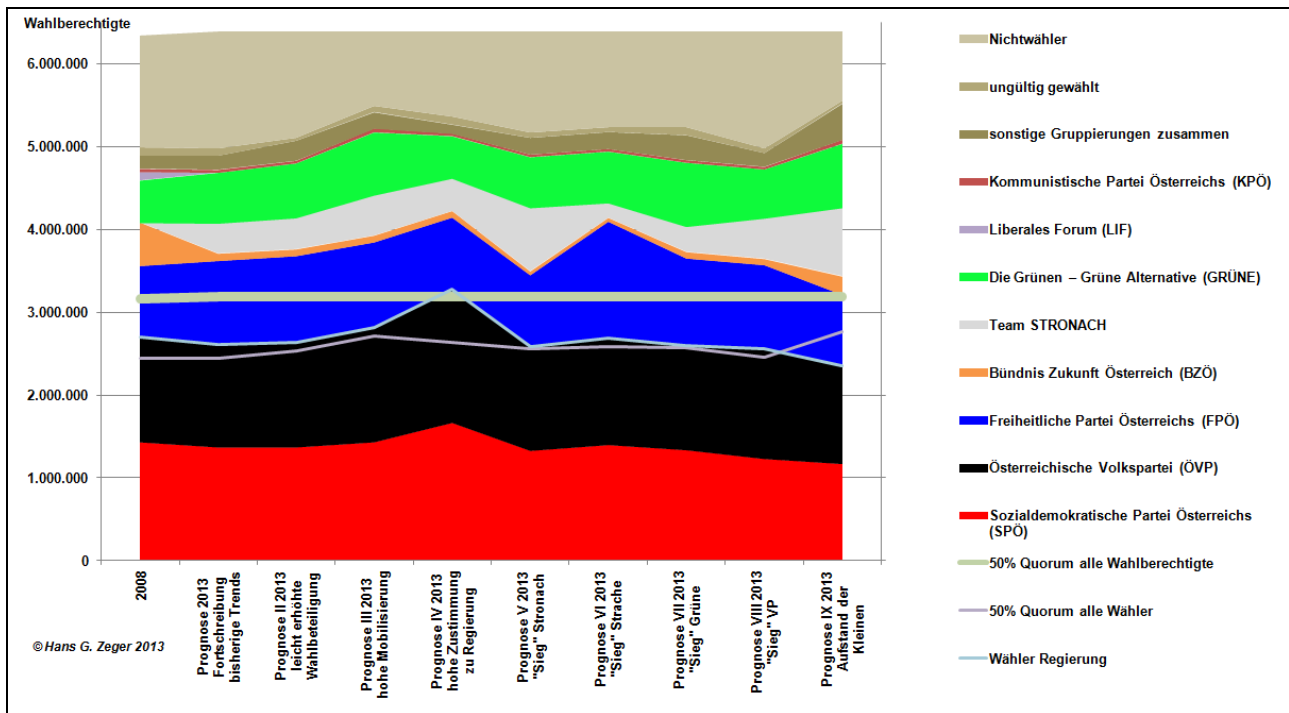


Abbildung 2: Szenarien zur NR2013, Ergebnis 2008⁴

Das Ergebnis des Standardszenarios ("Prognose 2013", die häufigst genannten Umfrageergebnisse konsolidiert) wurde eingangs beschrieben. SP und VP verlieren moderat (natürlicher Abgang), Grüne gewinnen +20% zu ihren bisherigen Wählern und Stronach erspart sich und uns weitere Todesurteils-Sager.

Die Wahlbeteiligung geht moderat zurück, die Gesamtzahl der Wähler bleibt praktisch gleich (ca. 4,89 Mio). Der Cut (50% der Wähler, 2,45 Mio) wird von SP+VP mit +170.000 klar geschafft.

Ausgehend von etwa 6,38 Mio Wahlberechtigten ergibt das folgendes Ergebnis (gerundet):

	Prognose I	2008
Nichtwähler	1,40 Mio.⁵	1,34 Mio.
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	1,37 Mio.	1,43 Mio.
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	1,25 Mio.	1,27 Mio.
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	1,00 Mio.	0,86 Mio.
Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)	0,09 Mio.	0,52 Mio.
Die Grünen – Grüne Alternative (GRÜNE)	0,61 Mio.	0,51 Mio.
Team STRONACH	0,37 Mio.	0,00 Mio.
Sonstige Gruppierungen zusammen	0,21 Mio.	0,14 Mio.
ungültig gewählt	0,09 Mio.	0,10 Mio.

Alle weiteren Szenarien gehen von relativ starken⁶ und eher unwahrscheinlichen Abweichungen einzelner Parteien oder der Wahlbeteiligung aus. Wie realistisch auch nur eines dieser Szenarien ist, möge jeder Leser selbst bewerten.

⁴ Gesondert ausgewiesen werden alle Parteien, die zumindest bei einer Kandidatur im Nationalrat vertreten waren, alle anderen Gruppierungen werden unter "sonstige Gruppierungen" zusammengefasst

⁵ Fett wird die jeweils größte Gruppierung hervorgehoben

PROGNOSE II 2013 LEICHT ERHÖHTE WAHLBETEILIGUNG

Entgegen dem Trend gelingt es die sinkende Wahlbeteiligung zu stoppen, sie liegt bei 80% leicht höher als zuletzt. Davon profitieren die kleineren Parteien, am meisten die Grünen, als die - relativ - modernste und "jugendlichste" Parlamentspartei. Die SP bleibt größte Einzelgruppe, die Nicht-Wähler kommen auf Platz 2.

SP/VP erreichen mit +100.000 Wähler noch immer deutlich eine Koalitionsmehrheit.

	Prognose II	2008
Nichtwähler	1,28 Mio.	1,34 Mio.
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	1,37 Mio.	1,43 Mio.
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	1,27 Mio.	1,27 Mio.
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	1,04 Mio.	0,86 Mio.
Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)	0,08 Mio.	0,52 Mio.
Die Grünen – Grüne Alternative (GRÜNE)	0,66 Mio.	0,51 Mio.
Team STRONACH	0,38 Mio.	0,00 Mio.
Sonstige Gruppierungen zusammen	0,27 Mio.	0,14 Mio.
ungültig gewählt	0,04 Mio.	0,10 Mio.

PROGNOSE III 2013 HOHE MOBILISIERUNG

Die Hoffnung mancher Funktionäre und Medien, die von "Richtungswahl", "Schicksalswahl" fantasieren erfüllen sich und die Wahlbeteiligung steigt signifikant auf den höchsten Wert der letzten 20 Jahre, 86%. Dazu müssten gegenüber 2008 mehr als 500.000 zusätzliche Wähler mobilisiert werden.

Alle Parteien profitieren, am stärksten jedoch VP (hat in den letzten Jahren am stärksten an Nichtwähler verloren) und FP/Stronach ("Wutbürger"). Auch in diesem Szenario erreichen SP/VP mit +100.000 Wähler deutlich eine Koalitionsmehrheit.

	Prognose III	2008
Nichtwähler	0,89 Mio.	1,34 Mio.
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	1,43 Mio.	1,43 Mio.
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	1,38 Mio.	1,27 Mio.
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	1,03 Mio.	0,86 Mio.
Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)	0,08 Mio.	0,52 Mio.
Die Grünen – Grüne Alternative (GRÜNE)	0,76 Mio.	0,51 Mio.
Team STRONACH	0,49 Mio.	0,00 Mio.
Sonstige Gruppierungen zusammen	0,25 Mio.	0,14 Mio.
ungültig gewählt	0,07 Mio.	0,10 Mio.

PROGNOSE IV 2013 HOHE ZUSTIMMUNG ZU REGIERUNG

Entgegen aller Umfragen sind die österreichischen Wähler mit der Staatsverwaltung höchst zufrieden, die Koalition schöpft ihr gesamtes Potential aus, mobilisieren alle ihre früheren Stamm-

⁶ Geringe Abweichungen vom Standardszenario bleiben, da ohne Konsequenzen, unberücksichtigt.

und jetzt Nicht-Wähler und die sonstigen Parteien resignieren, mit 84% ist die Wahlbeteiligung ähnlich hoch wie 2002 (Schüssel-Wahlkampf).

Gewinner und Verlierer sind klar, SP/VP erreichen mit +650.000 Wählern klar eine Koalitionsmehrheit (+300.000 mehr Wähler als 2008).

	Prognose IV	2008
Nichtwähler	1,02 Mio.	1,34 Mio.
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	1,66 Mio.	1,43 Mio.
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	1,62 Mio.	1,27 Mio.
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	0,86 Mio.	0,86 Mio.
Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)	0,08 Mio.	0,52 Mio.
Die Grünen – Grüne Alternative (GRÜNE)	0,51 Mio.	0,51 Mio.
Team STRONACH	0,39 Mio.	0,00 Mio.
Sonstige Gruppierungen zusammen	0,14 Mio.	0,14 Mio.
ungültig gewählt	0,10 Mio.	0,10 Mio.

PROGNOSE V 2013 'SIEG' STRONACH

Treu nach Orwells Motto "Unwissenheit ist Stärke" werden dem Neo-doch-nicht-anti-Funktionärs-Polit-Funktionär Stronach alle Ausrutscher nachgesehen und er schafft sein eigenes Traumziel von 15%. Damit überholt er locker die Grünen und kratzt an der Strache-FP.

Erreicht wird das Ziel durch erhöhte Wahlbeteiligung (81%) und starke Einbrüche bei FP/BZÖ, moderat bei SP. Alle Nicht-Parlamentsparteien verlieren mangels Medienaufmerksamkeit.

Auch in diesem Szenario bleibt die SP/VP-Koalition mit +30.000 stimmenmäßig "arschknapp", mandatsmäßig relativ klar vorn.

	Prognose V	2008
Nichtwähler	1,21 Mio.	1,34 Mio.
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	1,33 Mio.	1,43 Mio.
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	1,25 Mio.	1,27 Mio.
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	0,87 Mio.	0,86 Mio.
Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)	0,05 Mio.	0,52 Mio.
Die Grünen – Grüne Alternative (GRÜNE)	0,61 Mio.	0,51 Mio.
Team STRONACH	0,77 Mio.	0,00 Mio.
Sonstige Gruppierungen zusammen	0,23 Mio.	0,14 Mio.
ungültig gewählt	0,06 Mio.	0,10 Mio.

PROGNOSE VI 2013 'SIEG' STRACHE

Die Wutbürger durchschauen das Milliardärsspiel und lassen sich nicht vom skurrilen Charme eines Greises ablenken. Strache mobilisiert alle Modernisierungsverlierer und ritt um Platz 1, VP wird tatsächlich Dritte. Auch dieses Szenario benötigt eine steigende Wahlbeteiligung.

Mit +100.000 Wähler erreicht wieder die SP/VP-Koalition die Wähler-Mehrheit, als böses Krokodil "Strache" kann auch bei den Alt-Parteien das letzte Aufgebot mobilisiert werden, die Grünen bleiben in ihren Erwartungen, nur für Stronach wird's mandatmäßig eng.

	Prognose VI	2008
Nichtwähler	1,15 Mio.	1,34 Mio.
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	1,40 Mio.	1,43 Mio.
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	1,29 Mio.	1,27 Mio.
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	1,40 Mio.	0,86 Mio.
Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)	0,05 Mio.	0,52 Mio.
Die Grünen – Grüne Alternative (GRÜNE)	0,62 Mio.	0,51 Mio.
Team STRONACH	0,18 Mio.	0,00 Mio.
Sonstige Gruppierungen zusammen	0,24 Mio.	0,14 Mio.
ungültig gewählt	0,06 Mio.	0,10 Mio.

PROGNOSE VII 2013 'SIEG' GRÜNE

Diesmal sind die Grünen nicht Umfrage-Kaiser sondern tatsächlich Kaiser, je zwei Grüne können einen neuen Wähler gewinnen.

Wie im Fall Stronach wird es für die SP/VP-Koalition eng, aber zumindest die Mandatsmehrheit steht.

	Prognose VII	2008
Nichtwähler	1,15 Mio.	1,34 Mio.
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	1,34 Mio.	1,43 Mio.
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	1,26 Mio.	1,27 Mio.
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	1,05 Mio.	0,86 Mio.
Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)	0,08 Mio.	0,52 Mio.
Die Grünen – Grüne Alternative (GRÜNE)	0,77 Mio.	0,51 Mio.
Team STRONACH	0,31 Mio.	0,00 Mio.
Sonstige Gruppierungen zusammen	0,33 Mio.	0,14 Mio.
ungültig gewählt	0,10 Mio.	0,1 Mio.

PROGNOSE VIII 2013 'SIEG' VP⁷

Spindelegger ist nicht Schüssel, oder doch? Stillstand, Bürokratie, Kammern kommen bei den versorgten Österreichern Top an, die anderen bleiben der Wahl fern, die VP legt zu.

+60.000 gehen vorrangig auf Kosten des Koalitionspartners und reichen bei der Standardwahlbeteiligung (78%) für den Platz vor der SP. Stärkste Gruppe sind in diesem Szenario wieder die Nicht-Wähler. Die VP/SP-Koalition bleibt mit +100.000 Wählern vorn.

⁷ Ein Alternativ-Szenario 'Sieg' SP wurde nicht durchgerechnet, da es praktisch ident mit dem Standardszenario ist.

	Prognose VIII	2008
Nichtwähler	1,40 Mio.	1,34 Mio.
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	1,23 Mio.	1,43 Mio.
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	1,33 Mio.	1,27 Mio.
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	1,01 Mio.	0,86 Mio.
Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)	0,07 Mio.	0,52 Mio.
Die Grünen – Grüne Alternative (GRÜNE)	0,59 Mio.	0,51 Mio.
Team STRONACH	0,49 Mio.	0,00 Mio.
Sonstige Gruppierungen zusammen	0,20 Mio.	0,14 Mio.
ungültig gewählt	0,06 Mio.	0,10 Mio.

PROGNOSE IX 2013 AUFSTAND DER KLEINEN

Im letzten Szenario wurde durchgerechnet, was passiert wenn alle, die mit der SP/VP-Koalition tatsächlich unzufriedenen sind und für die Strache bloß ein Rabauke ist, eine der sechs Alternativen wählen. Alle sechs Kleinparteien müssten sich darauf konzentrieren im Wählerpool der SP-/VP-/Nicht-Wähler zu fischen und die anderen "Kleinen" ignorieren.

Die Wahlbeteiligung wäre mit 87% die höchste der letzten 20 Jahre (höher als die Schlüssel-Wahlkämpfe 1995,2002). Überraschenderweise wäre in diesem Szenario die VP die relativ stärkste Kraft, doch der VP/SP-Koalition würden 410.000 Stimmen auf die Mehrheit fehlen, ob's auch keine Mandatsmehrheit wird, würde von der Verteilung innerhalb der Kleinparteien abhängen.

	Prognose IX	2008
Nichtwähler	0,83 Mio.	1,34 Mio.
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	1,17 Mio.	1,43 Mio.
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	1,18 Mio.	1,27 Mio.
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	0,86 Mio.	0,86 Mio.
Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)	0,22 Mio.	0,52 Mio.
Die Grünen – Grüne Alternative (GRÜNE)	0,77 Mio.	0,51 Mio.
Team STRONACH	0,83 Mio.	0,00 Mio.
Sonstige Gruppierungen zusammen	0,49 Mio.	0,14 Mio.
ungültig gewählt	0,03 Mio.	0,10 Mio.

RESUMEE

Abgesehen vom Szenario "Aufstand der Kleinen", das sowohl bei den Parteien, als auch bei den Wählern ein völlig neues politisches Verständnis voraussetzt, gibt es kein noch so extremes Szenario, das eine SP/VP-Koalition verhindern würde.

Die neuen Parteien müssten sich als Bewegung befeifen, die sich nicht zum Steigbügelhalter von SP/VP degradieren lassen, sondern Mut haben, die zentralen Reformthemen über längere Zeiträume auf der Agenda zu halten, Nicht-Parlamentarische Netzwerke aufbauen und Überzeugungsarbeit leisten. Auch um den Preis dieses Mal nicht am Regierungstopf mitzunaschen (was sich sowieso für keine Kleinpartei ausgeht).

Und die Wähler müssten ihre Mitbeteiligung einfordern, nicht zwei Monate vor der Wahl, sondern ab dem Tag nach der Wahl.

Da ich nicht an politische Wunder glaube, bleibe ich - politisch wohl überlegt - zu Hause. Denn nach der Wahl ist vor der Wahl und vielleicht kommt auch in Österreich irgendwann eine liberal-moderne Bewegung an. Nicht nur ich, sondern viele hunderttausend Menschen wären dafür bereit.